

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Druckerschrift  
Tageblatt Rieser,  
Fremur Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postschekfonta:  
Tresen 1530,  
Kassette:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 123.

Mittwoch, 28. Mai 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligter Rabatt erstlich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftige Unterhaltungsbelege keinen Anspruch auf Uferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Der deutsch-polnische Zwischenfall.

Aus kleinen Grenzzwischenfällen sind wiederholt schon Kriege entstanden. Der deutsch-polnische Grenzzwischenfall wird zwar nicht zum Kriege führen, aber zu einer Spannung, die das deutsch-polnische Verhältnis auf lange Zeit hart beeinflussen kann. Schon jetzt heißt es, daß zufällig zeitlich die Verhandlungen über die Kartifizierung der Genfer Konvention und über die Ein- und Ausfuhrverbote ergebnislos abgebrochen seien. Weitere Spannungen werden folgen, da angeblich Polen eine Note an Deutschland vorbereitet und Deutschland schließlich nicht ganz schweigen kann. Polen behauptet, die deutschen Grenzbeamten hätten die Grenzrechte verletzt. Sie geben eine Darstellung, die von der deutschen erheblich abweicht und die sich in zwei Tagen auch wesentlich widerspricht. Deutscherseits wird augenblicklich eine genaue Untersuchung geführt, denn wir pflegen, in Anbetracht unserer Lage, keinen Streit vom Baune zu brechen und unsere Schwierigkeiten nicht zu erhöhen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß deutsche Beamte eigenmächtige Handlungen vornehmen, aus irgend einem Verger oder daß sie vergessen und die deutsche Kräfte in Gefahr bringen. Da wir mit unseren Grenzbeamten die besten Erfahrungen gemacht haben, hat man alle Ursache, von vornherein das Recht auf deutscher Seite zu suchen und die Vorwürfe Polens ruhig abzuwarten. Soweit eine deutsche Schuld überhaupt festgestellt werden kann, wird Deutschland Genugtuung geben. Wir werden aber auch verlangen können, daß Polen sich nicht auf hohe Forderungen, sondern die Untersuchung im Geiste der Verständigung führen läßt und das Recht suchen hilft.

Schließlich: es hat im Laufe der Jahre so oft deutsch-polnische Grenzzwischenfälle gegeben. Die Schuld lag immer auf polnischer Seite. Polen hat bisher selten eine große Aktion vor deutschen Hoheitsrechten gesetzt. Polnische Flieger haben sich so oft über die deutschen Grenzen „verirrt“, daß man den folgenden Entschuldigungen nicht mehr recht glauben konnte. Besonders die Korridoratzen scheinen den Polen nicht sonderlich zu bedauern, denn hier spielten sich die meisten Reibungen ab. Das scheint uns der Beweis zu sein, daß der Korridor, dieses Stückchen des Friedensvertrages, immer Brandherd bleiben wird und daß die deutsche Bewegung einmal Erfolg haben muß, den Korridor zu befreien. Nicht nur freilich, um die Zwischenfälle aus der Welt zu schaffen, sondern um dem deutschen Lande wieder Zusammenhang zu geben und den Polen die Hoffnung zu nehmen, einmal könnte der Tag kommen, daß das Gebiet jenseits des Korridors mühelos in ihren Schoß falle.

Man wird sich auch im Auslande mit diesem neuen Zwischenfall beschäftigen, wird diesmal vielleicht eine Karte zur Hand nehmen und die geographischen Begriffe etwas verbessern, deren Fehlen ja allein die Ursache der Korridorabschwächung ist. Im Laufe der Zeit hat man bereits in Frankreich Stimmen hören können, die die Korridorfrage als eine brennende Angelegenheit ansehen und in dieser Schöpfung der vier Weisen von Paris den größten Fehler des Friedensvertrages erkennen und die Brennpunkt eines kommenden Krieges. Deutschland wird den Krieg nicht vom Baune brechen, wenn man auch in der französischen Presse bedenklich ist und von drohenden Wetterwolken am Friedenshimmel fahlet. Deutschland wird aber vor aller Welt erklären müssen, daß es Wert darauf lege, die deutsch-polnische Grenzfrage ein für allemal klarzustellen. Es muß überlassen, daß seitens des deutschen Außenministers noch nicht die ernste Sprache gesprochen wird, die hier am Platze wäre. Wir denken uns, er hätte sofort die vielen polnischen Grenzverletzungen aufzählen und sie dem einen Fall entgegenhalten müssen, der jetzt den Deutschen zur Last gelegt wird. Ganz gleich, ob die Untersuchung zugunsten oder ungunsten Deutschlands ausfällt. Die Welt müßte endlich wissen, wie willkürlich Polen mit den Grenzrechten verfährt, daß Uebertritte an der Tagesordnung sind, daß selbst geschlossene polnische Militärformationen schon über die Grenzen kamen, Gefährlichkeiten immer wieder den Deutschen am Korridor begegnen und ein gewisses System darin liegt, Deutschland mit neuen Verletzungen herauszufordern. Es hat eine Zeit gegeben, da man in Deutschland sagte, zunächst müßte die Westfrage bereinigt werden, deshalb drückte man im Osten am besten in Auge zu und warze ab, bis die Gelegenheit günstiger ist, die deutschen Rechte an der Ostgrenze zu wahren. Jetzt sind wir wohl so weit, daß wir Ostpolitik machen können. Diese wird sich nicht allein durch sanfte und lebenswürdige Verhandlungen einleiten lassen, nicht allein durch dauerndes Nachgeben und Leisteten, sondern durch einen energischen Schritt, so daß Polen erkennt, es ist besser mit Deutschland an einem Verhandlungstische Völkerecht zu unterwerfen und die Unerbittlichkeit der Ostgrenze zu revidieren, die vielleicht am meisten Gegenstand von Unbilligkeiten waren.

Am besten wäre es schon, es gelänge, Polen zu der Einsicht zu belehren, auf den Korridor zu verzichten. Das deutscherseits hierfür Konzessionen notwendig sind, ist angeht die Weltstimmung und der polnischen Einstellung selbstverständlich. Aber es müßte zunächst die Möglichkeit gefunden werden, das Korridorproblem überhaupt

## Rund um das Reichswirtschaftsministerium im Reichstag

### Scharfe Kritik am Etat des Auswärtigen Amts.

von Berlin, 27. Mai, 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung der Dienstag-Sitzung des Reichstags stand die zweite Beratung des

### Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Ausschuss erlief in einer Entschließung die Regierung, dem Reichstag in einer Deutschrift vollen Einblick in die Vorgänge beim Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsaktiengesellschaft zu geben und ferner mitzuteilen, welche Vorkehrungen getroffen sind, um die Wiederkehr solcher Vorkommnisse zu verhüten.

Eine weitere Ausschuss-Entschließung fordert eine härtere Beilegung von Arbeitnehmervertretungen im Vorstand und in den Ausschüssen des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, sowie die Umwandlung des Reichskuratoriums in ein Aufsichtsgremium im Sinne der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Staatssekretär Trendelenburg

leitete die Verhandlungen ein und behauptet, daß der Reichswirtschaftsminister Dietrich infolge seiner Erkrankung nicht im Reichstag erscheinen könne. Der Staatssekretär geht dann im Auftrag des Ministers auf einige bereits im Ausschuss aufgeworfene Fragen ein. Zu dem Gesamtproblem des Kartellwesens legt Stellung zu nehmen sei nicht zweckmäßig, da der Enquete-Ausschuss seine Arbeiten noch nicht abgeschlossen habe. Voraussetzlich noch in diesem Sommer werde aber das Gutachten vorliegen, und dann sei die Zeit gekommen, zu dem Problem Stellung zu nehmen. Um die bei dem Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen hervorgetretenen Mängel für die Zukunft nach Möglichkeit auszuschließen, werde den geschäftsbearbeitenden Körperlichkeiten in kürzester Zeit ein Gesetzentwurf zur Aenderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes zugeleitet werden. Das Kernstück des neuen Gesetzes bestehe darin, daß den Versicherungsunternehmen die Pflicht auferlegt wird, ihren Rechnungsablauf alljährlich durch unabhängige Revisionsgesellschaften prüfen zu lassen. Gelegentlich der Deutschrift über den Zusammenbruch der Frankfurter Gesellschaft, die dem Reichstag in einigen Wochen zugehe, werde eingehend über diese Dinge zu sprechen sein. Zu der Kritik an der Ausdehnung des Statistisches Reichsamts erklärt der Staatssekretär, daß nach Abschluß der Reparationsfrage und der Arbeiten des Enquete-Ausschusses der Zeitpunkt gekommen sei, um durch einen Sachverständigenausschuss den gesamten statistischen Dienst einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.

Abg. Tarnow (Soz.)

bezeichnet es als unzulässig, angesichts der großen Arbeitslosigkeit die Wirtschaftspolitik den Interessen der Landwirtschaft unterzuordnen. In der Frage des Zollabbaues sollte Deutschland vorgehen. Der Reichswirtschaftsminister habe im Ausschuss die Ansicht geäußert, die Grundlinien unserer Handelspolitik umzubiegen im Sinne des Protektionismus. Eine solche Politik würde die Lebensinteressen des deutschen Volkes gefährden. Die Größe der Arbeitslosigkeit ist kein Beweis für die Lebensunfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Eine Hauptursache der großen Arbeitslosigkeit ist die übertriebene und übertriebene Nationalisierung der deutschen Wirtschaft.

Die Macht der Kartelle muß im Interesse der Allgemeinheit durch staatliche Kontrolle eingeschränkt werden. Die historische Bedeutung des kapitalistischen Systems ist jetzt am Ende.

Abg. Dr. Reichert (Dnat.)

betont, daß Deutschland auf Selbsthilfe angewiesen sei und in erster Linie seine Wirtschaft, Steuer- und Finanzpolitik grundsätzlich ändern müsse. Auf breiterer Grundlage müsse die Stärkung des inneren Marktes und die Forderung der

einmal zu einem Verhandlungsgegenstand zu machen. Bisher hat Polen alle Anstrengungen, die auf deutsch-polnische Verhandlungen zur Behebung der Korridorverletzungen hinarbeiten, brüsk abgelehnt. Schließlich ließe sich aus Verhandlungen über einen Grenzzwischenfall, wie wir ihn vor uns haben, eine Ausdehnung dieser Verhandlung auf den ganzen Korridor ausdehnen. So sehr auch Polen einen heißen Raden zeigt, geschickte Unterhändler könnten es schon dazu bewegen, das Problem anzunehmen. Und wie im Westen ja nur in langen Verhandlungen, in ständiger Berennung der fesselnden und feststehenden Verträge die endgültige Friedensabmachung zustande kam, so müßte es möglich sein, auch im Osten durch langsames Vorschreiten deutscher Interessen die Befreiung des Korridors zu einer aktuellen und schließlich reifen Angelegenheit zu stampeln.

Zunächst haben wir uns entschieden die polnische Entzweiung zu verweigern, selbst wenn das Recht nicht auf unserer Seite liegt. Wir haben uns in mehr als einem Duzend polnischer Grenzverletzungen im Recht und sind

Ausfuhr betrieben werden. Deutschland, England und Amerika, die Länder der höchsten Löhne, hätten zugleich die größte Arbeitslosigkeit. Gegenüber der sozialistischen Forderung des politischen Lohnes habe man in christlichen Gewerkschaftskreisen schon längst die Notwendigkeit einer organischen Wirtschafts-Auslösung und der Reallohnpolitik erkannt. Die Genfer Abmachungen über den Dollfrieden lehnt der Redner ab; auch den Panuropa-Plan Briand müsse man mit Mißtrauen begegnen; er atme den Geist von Versailles. Zum Schluß erinnerte der Redner an die neuerdings in industriellen Kreisen verlangte größere politische Aktivität der Wirtschaft. In Ergänzung hierzu richtet er einen Appell an die Politiker, sich mehr um die Wirtschaft zu kümmern und den Wirtschaftsführern mit mehr Vertrauen zu begegnen.

Abg. Dr. Dörmann (Ztr.)

erinnert daran, daß die Haushaltsberatung im vorigen Jahre im Schatten der Verhandlungen über den Neuen Plan stattgefunden habe. In diesem Jahre habe sie unter dem Druck einer großen Weltkrise. Der gewaltigen Ueberproduktion von Karaprodukten und mit geschäftsmäßig rationalisierten Apparaten erzeugten Industrieprodukten habe auf der Verbraucherseite keine genügende Aufnahmefähigkeit gegenüber. Die Preissteigerung bleibe in der Spanne zwischen Verbraucher und Produzent stehen. Wenn sie sich voll auf die Kleinhandelspreise auswirke, würde das Nationaleinkommen eine um etwa 20 Prozent gesteigerte Kaufkraft haben. Für Deutschland seien die Schwierigkeiten besonders groß. Eine Milderung sei nur durch sorgfältiges, aber entschlossenes wirtschaftspolitisches Handeln möglich. Der Redner empfiehlt in diesem Zusammenhang die vom Zentrum vorgelegten Entschlüsse. Er fordert weiter einen Antrag an, der Maßnahmen zur Senkung der Preispanne vorschlägt.

Die Beratung wird hierauf unterbrochen, um die zurückgestellten

### Abstimmungen zum Post-Etat

zu erledigen. Das Ergebnis ist die Annahme des Haushalts des Reichspostministeriums nach den Vorschlägen des Ausschusses.

Die Anträge der Kommunisten auf Senkung der Rundfunkgebühren und der Fernspreckgebühren für Benutzersprecher werden abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Beihilfensätze-Beiträge wird in allen drei Lesungen angenommen.

In der Fortsetzung der Beratung des

### Wirtschaftsetats

führt Abg. Ewert (Komm.) aus, die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise sei der Beweis für den Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das nun durch die kommunistisch-sozialistische Wirtschaftsordnung abgelöst werden müsse.

Abg. Reinath (DSoz.)

wendet sich gegen die Ausschuss-Entschließung, die eine Umgestaltung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit fordert. Es wäre zu bedauern, wenn infolge der Umgestaltung dem Kuratorium die wertvolle und unentgeltliche Mitarbeit hervorragender Wirtschaftsführer verloren ginge. Zur Wiederbelebung der Wirtschaft sei eine wesentliche Voraussetzung der Industrie notwendig, auch bei den kurzfristigen Krediten. Die Krise der deutschen Wirtschaft sei nicht bloß auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen, sondern vor allem auf die immerwährenden Verhältnisse in erster Linie darauf, daß die deutsche Sozialpolitik der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft vorausgeeilt sei.

Um 1/8 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 10 Uhr, vertagt.

dabei nicht aus der Rolle gefallen, sondern haben den Vergehenden gefolgt, haben nicht von Konsequenzen gesprochen, sondern den Versicherungen aus Warschau geglaubt, obwohl wir wußten, daß es nicht die letzte Entscheidung sein werde und daß der „Trotum“ sich sehr bald wiederholen werde. Wie gesagt, ist die Liste der polnischen Uebergriffe so groß, daß der polnische Protest die deutsche Regierung nicht in Verlegenheit bringen kann. Sollte sich aber sogar herausstellen, daß auch dieser neue Fall nicht Ursache auf deutscher Seite hatte, so wird unser auswärtiges Amt sich nicht mehr mit der alten Art der polnischen Grenzverletzungen begnügen können, sondern die Polen an den Tisch fordern müssen, um die Frage zu ventilieren: Was ist euch der Korridor, was wollt ihr mit den Grenzverletzungen? Deutschland hat etwas zu stark seinen Friedenswillen betont. Das hat den Polen zu großen Mut gemacht und dieses Muth muß doch einmal geföhlt werden, denn immer noch ist Deutschland Großmacht und immer noch hat es sein Recht auf verlorenes Ostgebiet nicht aufgegeben.